


Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Extremismus im Freistaat Sachsen

Linksextremismus

Rote Hilfe e. V. (RH)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1975
Sitz:	Bundesgeschäftsstelle in Göttingen (Niedersachsen)
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 280 ¹
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 200 ²
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 6.779 ³
Vorsitz Bund:	keine Angabe
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die Rote Hilfe war ursprünglich eine 1921 von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründete Gefangenenhilfsorganisation. Ihre Aufgabe bestand darin, Geld- und Lebensmittelsammlungen „für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes zu organisieren“. Sie war eine der mitgliederstärksten KPD-nahen Massenorganisationen.

Nachdem sich Anfang der 1970er Jahre in verschiedenen Städten Rote-Hilfe-Gruppen gebildet hatten, wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) unter Bezugnahme auf den gleichnamigen Vorläufer im Jahr 1975 neu gegründet. Seit 1986 ist die Organisation ein eingetragener Verein.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands ging der Aufbau erster Strukturen der RH in Sachsen nur sehr schleppend voran. Neu gegründete Ortsgruppen lösten sich häufig bald wieder auf.

¹ Die Mitgliederzahlen für das Jahr 2015 sind geschätzt, mit Mehrfachmitgliedschaften

² Die Mitgliederzahlen für das Jahr 2014 beruhen auf Eigenangaben der RH, mit Mehrfachmitgliedschaften

³ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH in: DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, Beilage „Mitgliederrundbrief 01/2015“, mit Mehrfachmitgliedschaften

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Dennoch zählt die RH zu den mitgliederstärksten linksextremistischen Gruppierungen in Sachsen. Nachdem die hiesige Mitgliederzahl von 2012 an zunächst stagniert hatte, konnte die RH ihre Mitgliederzahl im Jahr 2015 deutlich ausbauen und erreichte mit ca. 280 Personen für Sachsen einen neuen Höchststand. Ein Zusammenhang könnte mit der bereits im Vorjahr festgestellten Vielzahl von demonstrativen Ereignissen mit linksextremistischen Bezügen bestehen, bei denen häufig Teilnehmer von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren. Die RH selbst spricht davon, dass es in Leipzig hohen Beratungsbedarf durch die Proteste gegen LEGIDA gebe⁴. Auch bundesweit konnte die RH Mitglieder gewinnen.

Der Anstieg der Mitgliederzahlen der RH wirkt sich jedoch nicht auf die Gesamtzahl der sächsischen Linksextremisten aus. Zahlreiche Mitglieder der RH sind zugleich Mitglieder in anderen linksextremistischen Bestrebungen.

Aufgrund steigender Mitgliederzahlen konnte die RH im Berichtsjahr ihre Strukturen ausbauen. Zu den seit mehreren Jahren fest etablierten RH-Ortsgruppen in Leipzig und Dresden kam die Regionalgruppe Westsachsen mit Sitz in Chemnitz hinzu, die aus einer Kontaktadresse in eine Regionalgruppe umgewandelt wurde. Die neue Organisationseinheit trat erstmals zu Beginn des Jahres öffentlich in Erscheinung und soll als dritte selbstständig arbeitende Struktur die Region im Südwesten des Freistaates abdecken.⁵

Bundesweit gliedert sich die RH in einen 20 Personen umfassenden Bundesvorstand sowie in selbstständig arbeitende Ortsgruppen bzw. Regionalgruppen.

Die Bundesdelegiertenversammlung legt mindestens alle zwei Jahre die Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit fest. Die dabei gefassten Beschlüsse setzen die Ortsgruppen eigenverantwortlich um. Sie sind gegenüber dem Bundesvorstand rechenschaftspflichtig.

Die RH finanziert sich größtenteils über Mitglieds- und „Solibeiträge“, durch den Verkauf ihrer vierteljährlich erscheinenden überregionalen linksextremistischen Zeitung DIE ROTE HILFE sowie von Broschüren. Auch werden anlassbezogen themenspezifische Spendenaktionen wie die Kampagne „Mehr Solidarität gegen mehr Repression“ oder anlässlich des im Jahr 2015 im bayrischen Schloss Elmau stattgefundenen „G7-Gipfels“ durchgeführt.⁶

Ideologie / politische Zielsetzung

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“⁷, die sich im „Kampf gegen die staatliche Repression“ und „die politische Justiz“⁸ engagiert. Ihr vordergründiges Anliegen ist die finanzielle und politische Unterstützung von Straf- und Gewalttätern des „linken“ Spektrums, „die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“⁹. Diese unterstützt sie im Strafverfahren und mit Geldbeträgen. So hatte ein Straftäter im Zusammenhang mit einer Aktion am 13. Februar 2015 in Dresden einen Bußgeldbescheid erhalten, den die RH anschließend zur Hälfte übernahm¹⁰. Bezeichnenderweise unterstützt die RH einen politischen Straftäter nur dann, wenn er auch weiterhin zu seiner Tat steht. Wer hingegen dem Staat und

⁴ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 3/2015, Beilage „Mitgliederrundbrief 3/2015“, S. 10

⁵ Der erste Eintrag auf der Internetseite der Regionalgruppe <http://rotehilfesws.blogspot.eu> stammt vom 19. Dezember 2014 und lässt auf den Gründungsmonat Dezember 2014 schließen (Stand: 23. Februar 2015)

⁶ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 2/2015, S. 6 und S. 52

⁷ Satzung des ROTE HILFE e.V., § 2 Abs. 1, (Stand: November 2010)

⁸ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996

⁹ Satzung des ROTE HILFE e.V., § 2 Abs. 2 Satz 1, (Stand: November 2010)

¹⁰ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 3/2015, S. 4 f.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

seinen Repräsentanten entgegenkommt, um etwa das Strafmaß zu mildern, wird nicht weiter bedacht. Eine solche Zusammenarbeit mit Behörden des demokratischen Rechtsstaates wertet die RH als Preisgabe der politischen Positionen und als Verrat an der gemeinsamen Sache. So wurde das Bestreiten eines Tatvorwurfes vom Bundesvorstand „(...) als Distanzierung von der politischen Aktion bewertet und die beantragte Unterstützung nicht bewilligt.“¹¹

Unter „Repression“ versteht die RH judikative und exekutive Maßnahmen – hier vor allem der Polizei, die sich gegen Angehörige des „linken“ Spektrums richten¹². Besonders in dieser Auffassung zeigen sich für den Linksextremismus typische Positionen. Die RH versteht Polizei, Justiz und Strafvollzug als Mittel der Machthaber zur Herrschaftssicherung. Deren Handeln sei rein politisch motiviert, willkürlich sowie grund- und menschenrechtswidrig. Wie die gewaltbereiten Autonomen lehnt die RH damit das staatliche Gewaltmonopol und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung als sogenannte „strukturelle Gewalt“ ab und zielt damit auf eine Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats.

So deutet sie z. B. die der Bekämpfung des Terrorismus dienenden Anti-Terror-Gesetze als „*Feindstrafrecht, (...) das für Gegner*innen der bürgerlichen Ordnung geschaffen wurde, für die die Regeln einer 'normalen' Prozessführung und Ermittlung nicht mehr gelten*“ würden.¹³ Nach ihrer Auffassung dienten diese Gesetze vornehmlich dazu, jegliche „*Politische Aktivität[en] gegen die herrschenden Zustände unmöglich zu machen*“. Die als Repression verstandenen Gesetze seien demnach nicht nur zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten beschlossen worden, sondern würden durch „*die Verbreitung von Angst und Schrecken durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt [dazu benutzt], um Menschen gefügig zu machen*.“¹⁴

Das Ziel der RH besteht darin, den inneren Zusammenhalt im Linksextremismus zu stärken und seine Strukturen aktionsfähig zu halten. Dazu betreut sie „politische Häftlinge“, um deren Bindung an die linksextremistische Szene zu erhalten. Sie unterstützt dabei hauptsächlich Personen, die aus Sicht der RH Opfer „staatlicher Repression“ geworden sind.

Aktivitäten

Die RH vermittelt den Betroffenen Anwälte und gewährt ihnen Beihilfen zu Prozesskosten. Die Unterstützung erfolgt jedoch nicht bedingungslos. Nach Einzelfallprüfung durch den Bundesvorstand werden nur solche Personen unterstützt, die auf Grund ihres „politischen Handelns“ vor Gericht gestellt oder verurteilt werden. Diese müssen dort zudem den „politischen Hintergrund des eigenen Handelns“ verteidigen und ihr Aussageverhalten nach den in der linksextremistischen Szene verbreiteten Hinweisen zur Aussageverweigerung richten.¹⁵

In ihren Ortsgruppen führt die RH regelmäßig Rechtsberatungen zu Themen wie „Umgang mit Staatspost, Polizeiübergriffen und anderweitiger Repression“ durch. Mit Hinweisen zum Schutz vor Strafverfolgung sowie dem Inaussichtstellen politischer und materieller Hilfe mindert sie auch die abschreckende Wirkung strafrechtlicher Sanktionen. Sie flankiert die von ihr als besonders spektakulär empfundenen Fälle von „Repression“ durch Kampagnen,

¹¹ ebenda, S. 6

¹² „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996;
„Aussageverweigerung und Verhörmethoden“, September 2007, S. 17 f. und S. 45 f.

¹³ DIE ROTE HILFE, Sonderausgabe zum „18.03.2014 Tag der politischen Gefangenen“,
Beilage in der Tageszeitung „JUNGE WELT“ vom 15. März 2014, S. 1

¹⁴ ebenda

¹⁵ „Ja was denn nu? Wir bereuen nicht!“, DIE ROTE HILFE, Ausgabe 02/2012, S. 7

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Presseerklärungen oder Solidaritätskundgebungen. Zudem vertreibt die RH eine Vielzahl verschiedener Broschüren, so z. B. zum Thema „Aussageverweigerung gegenüber der Polizei“.

Die RH stellt für konfliktgeneigte Veranstaltungen, wie Demonstrationen des „linken“ Spektrums, häufig so genannte Ermittlungsausschüsse (EA) zur Verfügung¹⁶, welche den Betroffenen als Ansprechpartner dienen und ihnen Anwälte vermitteln.

War noch in den letzten Jahren ein Rückgang öffentlicher Aktivitäten der mitgliederstärksten sächsischen Ortsgruppe Leipzig feststellbar, so zeichnete sich ab dem Beginn des Berichtsjahres ein klarer Anstieg der als „Antirepressions-Tresen“ angekündigten Veranstaltungen ab. Die Entwicklung ist vor allem auf die zahlreichen linksextremistischen Aktivitäten in Leipzig zurückzuführen, bei denen die Polizei Tatverdächtige namentlich feststellte und deren mitgeführte Gegenstände beschlagnahmte. In diesem Zusammenhang fanden mehrere Informationsveranstaltungen für Betroffene in Leipzig statt, bei denen rechtliche Tipps gegeben und Verhaltensweisen erklärt wurden, die eine strafrechtliche Aufklärung erschweren sollen.

Die Ortsgruppe Leipzig betreibt gemeinsam mit dem EA-Leipzig eine Internetseite, auf der sie regelmäßig so genannte Sprechstunden und Vortragsveranstaltungen des EA ankündigt.¹⁷ Neben Ratschlägen zu Verhaltensweisen werden rechtliche Hinweise veröffentlicht, die sich beispielsweise auf die Ausschreitungen Autonomer am 15. Januar 2015 in Leipzig beziehen, als die Polizei Mobiltelefone verdächtiger Täter beschlagnahmte.

Die Aktivitäten der Dresdner Ortsgruppe blieben auf dem Niveau der Vorjahre. Seit dem ersten Quartal 2015 verfügt die Dresdner Ortsgruppe über eine neue Internetseite, auf der sie eigene Materialien und Veranstaltungshinweise publiziert.¹⁸ So ist das in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der RH seit Januar 2015 in unregelmäßigen Abständen herausgegebene „Zine“ abrufbar.¹⁹ Als Termine werden Vortragsveranstaltungen wie beispielsweise zur Historie der RH oder auch das aktionsorientierte „Demotraining: NO! NO! No pasaran“ aufgeführt, bei dem die Teilnehmer unter Anleitung „einen Überblick erarbeiten über Möglichkeiten Aktionen gut vorzubereiten [und] aktionsfähige Strukturen zu schaffen.“²⁰

Exemplarisch für die kontinuierliche Zusammenarbeit der Ortsgruppe Dresden mit der sächsischen autonomen Szene im Jahr 2015 war eine gemeinsame Veranstaltung mit der linksextremistischen „Undogmatischen Radikalen Antifa Dresden“ (URA) zum Thema: „Goldene Morgenröte - Neofaschismus am Olymp“. Weiterhin gehören zum Repertoire sogenannte Solidaritätsveranstaltungen, bei denen in erster Linie Geldspenden für die „von Repression Betroffenen“ gesammelt werden. So lud die RH im September 2015 zu einem Solidaritätskonzert zugunsten eines Tatverdächtigen ein, der im März 2015 im Rahmen der Fahndung nach einem verübten Farbanschlag auf die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung in Dresden durch die Polizei festgestellt wurde. Die RH Dresden führt

¹⁶ Interview mit einem Mitglied des Bundesvorstandes der RH, Artikel „die Rote Hilfe-ein Interview“, <http://plastic-bomb.eu> (Stand: 3. Juli 2014)

¹⁷ Die Internetseite www.antirepression.noblogs.org bezeichnet sich selbst als Plattform des Leipziger Ermittlungsausschusses, „der sich mit staatlicher Repression gegen linke Politik“ befasst und Betroffene unterstützt.

¹⁸ <http://rotehilfedresden.noblogs.org> (Stand: 26. Mai 2015)

¹⁹ ROTE HILFE DRESDEN ZINE Januar, <http://rotehilfedresden.noblogs.org/material> (Stand: 26. Mai 2015)

²⁰ <https://linksunten.indymedia.org/de/node/147983> (Stand: 14. Juli 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

regelmäßig Sprechstunden im „AZ Conni“ in Dresden durch, die auch als „Rote Hilfe Tresen“ bezeichnet werden. Auch ist sie weiterhin im Rahmen der Gefangenbetreuung aktiv.

Die neu gegründete Regionalgruppe Südwestsachsen der RH²¹ deckt nun – neben den beiden großen Ortsgruppen in Dresden und Leipzig – als dritte selbstständig arbeitende Struktur die Region im Südwesten des Freistaates ab. Sie nutzte im Februar 2015 im Rahmen von Protesten gegen Versammlungen der PEGIDA in Chemnitz einen „Twitter“-Dienst.²² Neben Kurzinformationen zum Veranstaltungsablauf wurde auf die neue Organisation sowie den Ermittlungsausschuss (EA) hingewiesen.

²¹ Als Kontaktanschrift der Roten Hilfe Regionalgruppe Südwestsachsen dient das „Kompott“ in Chemnitz, DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, S. 66

²² https://twitter.com/no_pegida (Stand: 23. Februar 2015)